



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

Deutschland im Herbst 2020 ist ein Land, das kämpft. Schulen, Pflegeheime und Unternehmen halten mit pragmatischen Lösungen ihren Betrieb aufrecht. Auf dieses Deutschland können wir alle zu Recht stolz sein. Viele Beschäftigte arbeiten wieder von zu Hause aus (wie mein Team in Berlin und im Wahlkreis) oder wechseln sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen im Büro ab. Unser aller Ziel ist es, die alltäglichen Kontakte deutlich zu reduzieren. In den nächsten Wochen wird sich entscheiden, wie wir Weihnachten feiern können. In den nächsten Wochen können wir beweisen, wie wir als offene, demokratische und plurale Gesellschaft diese Pandemie in den Griff bekommen.

Der Deutsche Bundestag ist der Maschinenraum unserer Demokratie. Hier kommt alles auf den Tisch, alles kommt zur Sprache. Unsere Beschlüsse im Kampf gegen die Corona-Pandemie sind von großer Tragweite. Wir muten den Menschen in Deutschland sehr viel zu. Wir sehen auch, dass viele Geschäfte, Restaurants und Vereine hart getroffen sind, obwohl sie sich in den vergangenen Monaten enorm angestrengt haben. Um dieser Situation gerecht zu werden, braucht es föderale Einheitlichkeit, demokratische Ehrlichkeit und gesellschaftliche Entschlossenheit. Wenn zum Schutze aller jetzt einzelne Bereiche und Betriebe besonders hart belastet werden, dann gilt ihnen unsere Solidarität — und dazu gehören auch schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfen.

Die islamistisch motivierten Anschläge der letzten Tage in Frankreich und in Österreich verurteile ich aufs Schärfste. Mein Mitgefühl gilt den Verletzten und den Angehörigen der Opfer. Es war ein starkes Zeichen der Solidarität, das wir bei der Aktuellen Stunde am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages gesendet haben. Mehr dazu lesen Sie auf der folgenden Seite.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Vereint im Kampf gegen islamistischen Terror

Unsere offene, demokratische und plurale Gesellschaft wird dieser Tage nicht nur vom Corona-Virus bedroht. Die gesamte Union und ich persönlich sind zutiefst erschüttert von den terroristischen Anschlägen bei Paris, in Nizza und in Wien. Unsere Gedanken sind bei allen Verletzten und den Familien der Opfer. Die Meinungs- und die Religionsfreiheit sind zwei Grundpfeiler unserer Gesellschaft und für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht verhandelbar. Angesichts der Bedrohungslage können wir den Kampf gegen Terror nur gemeinsam gewinnen — in Deutschland, in Europa und weltweit. Zu diesen Herausforderungen haben wir als Koalition eine Aktuelle Stunde verlangt.



In seiner Rede erklärte der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, dass die Gefahr islamistischer Terroranschläge auch in Deutschland nach wie vor hoch sei. Er versicherte, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um dem unmenschlichen Terror entgegenzutreten. Dabei machte er auch deutlich, dass der Kampf sich nicht gegen den Islam, sondern gegen Fanatismus und Extremismus richte.

Wir dürfen niemanden in Sippenhaft nehmen und müssen gemeinsam — unabhängig von unserem Glauben oder Nicht-Glauben — für unsere freiheitlich-demokratischen Werte eintreten.

Die Plenardebatte können Sie auf der [Internetseite des Deutschen Bundestages nachverfolgen](#).



Bericht aus Berlin

Epidemische Lage — wichtige Beratungen im Bundestag

Am Freitag berieten wir in erster Lesung das Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Der Gesetzentwurf sieht eine Vielzahl an Maßnahmen vor, unter anderem sollen die Regelungen zum Reiseverkehr im Fall einer epidemischen Lage angepasst werden. So kann beispielsweise eine digitale Einreiseanmeldung nach Aufenthalt in Risikogebieten verordnet werden, um eine bessere Überwachung durch die zuständigen Behörden zu gewährleisten. Zudem soll festgeschrieben werden, dass erlassene



Rechtsverordnungen zum Reiseverkehr mit Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch Beschluss des Deutschen Bundestages außer Kraft treten, im Falle von COVID-19 jedoch spätestens mit Ablauf des 31. März 2021. Außerdem wird der Begriff des Risikogebiets legaldefiniert. Darüber hinaus sollen meldepflichtige Labore dazu verpflichtet werden, künftig eine SARS-CoV-2-Meldung über das elektronische Melde- und Informationssystem zu übermitteln. Eine solche Pflicht soll auch in Bezug auf weitere Infektionskrankheiten schrittweise bis Ende 2022 eingeführt werden. Zur weiteren Ausweitung der Testkapazitäten erlaubt der Gesetzentwurf die Nutzbarkeit von veterinärmedizinischen oder zahnärztlichen Laborkapazitäten für Schnelltests auf das Coronavirus. Zudem sollen auch Nichtversicherte einen Anspruch auf

Schutzimpfungen und Testungen haben, wenn dies im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite zum Schutz der Bevölkerung erforderlich ist. Das Bundesgesundheitsministerium soll in diesem Fall mit einer Rechtsverordnung den Umfang der Finanzierung von Leistungen und Kosten aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds bestimmen können.

Schließlich wollen wir aufgrund der fortdauernden epidemischen Lage in das Infektionsschutzgesetz eine besondere Rechtsgrundlage aufnehmen, die beispielhaft Standardmaßnahmen enthält, welche die Länder ergreifen können, sofern der Deutsche Bundestag die epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt hat. Zudem wird ein Stufensystem eingeführt, das sich an der jeweiligen Inzidenz von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen orientiert.



Bericht aus Berlin

Terrorismusbekämpfung bleibt aktuell

Mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, werden die Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eingeführt worden waren, entfristet. Dies betrifft Befugnisse im Bundesverfassungsschutzgesetz, dem MAD-Gesetz und dem BND-Gesetz. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Auskunftregelungen für Luftfahrtunternehmen, Banken und Telekommunikations- und Telemedienanbieter, die Ausschreibung im Schengener Informationssystem sowie Übermittlungsregelungen bezüglich des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Zu den entfristeten Befugnissen zählen der Einsatz von sogenannten IMI-Catchern zur Ermittlung der Rufnummer eines vom Verdächtigen genutzten Mobiltelefons sowie die Sicherheitsüberprüfung von Personen in kritischen Infrastrukturen.

Engagement für Religionsfreiheit ist unerlässlich

Religionsfreiheit wird weltweit zunehmend eingeschränkt. Besonders betroffen sind Christen als Angehörige der zahlenmäßig weltweit größten Glaubensgemeinschaft, aber auch Angehörige anderer Religionen werden aufgrund ihres Glaubens diskriminiert und verfolgt. Schon seit Jahren setzt sich dieser negative Trend der Einschränkung des elementaren Menschenrechts fort. Aus diesem Grund wurde — wie auf Initiative von CDU und CSU im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart — in dieser Wahlperiode das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit geschaffen. Damit stärken wir das Engagement der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Im zweiten Bericht der Bundesregierung nimmt der Beauftragte, der CDU-Abgeordnete Markus Grübel, 30 Länder unter die Lupe, darunter China, Nordkorea, Iran und Saudi-Arabien. Auf seine Analyse können wir uns stützen, wenn wir konkret für die Einhaltung des Menschenrechts eintreten. Der Bericht erkennt drei aktuelle Herausforderungen für die Gewährung des Menschenrechts. Unter dem Vorwand des Schutzes der Religion stellen Blasphemie- und Antikonversionsgesetze oft ein Einfallstor für die Einschränkung der Glaubensfreiheit dar. Außerdem wird der zunehmende Einfluss von Online-Hasreden gegen die Religionsfreiheit und andere Menschenrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit, als bedrohliche Tendenz identifiziert. Schließlich werden fehlende Zugangsmöglichkeiten religiöser Gruppen zu staatlichen Bildungsangeboten kritisch beleuchtet. Gemeinsam werden wir unser Engagement fortsetzen — für bedrängte und verfolgte Christen und solidarisch mit allen religiösen Minderheiten weltweit.



Bericht aus Berlin

Eltern- und Kindergeld per Mausclick beantragen

Wir befreien junge Familien von bürokratischen Lasten. Anstatt Formulare auszufüllen und von Behörde zu Behörde zu laufen, können frischgebackene Eltern künftig online mit einem einzigen Kombi-Antrag die Geburt anzeigen, den Namen des Kindes festlegen, die Geburtsurkunde sowie Eltern- und Kindergeld beantragen. Eltern müssen auch keine Nachweise mehr selbst einreichen und doppelte



Angaben in verschiedenen Anträgen machen. Möglich wird das durch mehr Austausch zwischen den verschiedenen Ämtern — sofern die Eltern dem Datenaustausch zustimmen. Mit dem geplanten Datenaustausch zwischen Behörden gehen wir sogar über die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes hinaus. Spätestens im kommenden Jahr sollen die Leistungen bundesweit allen Eltern online zur Verfügung stehen. Dieses Gesetz ist eine Blaupause für die Digitalisierung der Verwaltung. Immer geht es darum, den Alltag von Bürgerinnen und Bürgern unkomplizierter zu machen und Verwaltungsleistungen schneller zur Verfügung zu stellen. Bis Ende 2022 sollen insgesamt knapp 600 digitalisierte Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger online bereitstehen.

Lage der älteren Generation

Die Bundesregierung informierte in dieser Woche zum achten Mal über die Lage älterer Menschen im Hinblick auf die Digitalisierung.

[Der Bericht \(hier per Klick verfügbar\) thematisiert unter anderem die digitale Spaltung, die aus einem Ausschluss bestimmter Personengruppe von der Teilhabe an digitaler Technik resultiert.](#)

Er beschreibt zudem, wie sich die Digitalisierung auf kognitive, emotionale, soziale und körperliche Prozesse im Alter auswirkt. Vor diesem



Hintergrund empfiehlt die zuständige Sachverständigenkommission zahlreiche Maßnahmen. Bildungsangebote sind etwa für digitale Kompetenzen älterer Menschen essenziell. Im Rahmen meiner Tätigkeit im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setze ich mich für eine zukunftsweisende Seniorenpolitik ein.



Bericht aus Berlin

EU-Schulprogramm zur gesunden Ernährung und Waldprämien

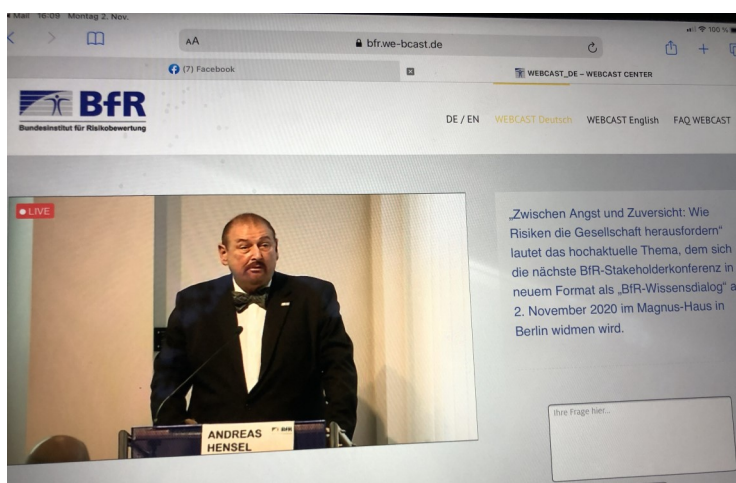
In zweiter und dritter Lesung passten wir die bestehenden Regelungen des Landwirtschafts-erzeugnisse-Schulprogrammgesetzes an die aktuellen europäischen Rechtsgrundlagen an. Dies schafft die Voraussetzungen, damit Kinder in Kitas und Schulen weiterhin an den EU-Programmen für eine gesunde Ernährung teilnehmen können. Ziel ist es, Kindern frisches Obst und Gemüse sowie Milch und Milchprodukte schmackhaft zu machen und gesündere Ernährungsgewohnheiten zu fördern.



In diesem Gesetz wurde ferner im sogenannten Omnibus-Verfahren die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die angekündigten Hilfen (Waldprämien) zur weiteren Unterstützung privater und kommunaler Waldeigentümer zeitnah fließen. Hierdurch sollen aufgrund von Stürmen, Dürre, Borkenkäferbefall und Klimawandel entstandene Schäden teilweise kompensiert und gleichzeitig eine nachhaltige Waldwirtschaft unterstützt werden.

Wie Risiken die Gesellschaft herausfordern

Im Rahmen eines Wissensdialogs beschäftigte sich das Bundesinstitut für Risikobewertung mit einem hochspannenden und hochaktuellen Thema: „Zwischen Angst und Zuversicht: Wie Risiken die Gesellschaft herausfordern“, lautete der Titel der Veranstaltung, der ich am letzten Montag-nachmittag digital beiwohnte. Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Präsidenten des Bundesinstituts Prof. Dr. Dr. Andreas Hensel (hier auf dem Foto). Wie



wir mit der Angst umgehen und was sie mit uns persönlich und als Gesellschaft macht, wurde aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. So gab es anregende Impulse von Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Journalismus und Philosophie.



Bericht aus Berlin

Investitionsbeschleunigung: Schneller bauen und planen

Für eine starke Wirtschaft und eine klimafreundliche Mobilität ist es wichtig, dass Investitionsmittel schnell verbaut werden können — dafür stellt das nun beschlossene Investitionsbeschleunigungsgesetz die Weichen. Denn es ermöglicht, dass künftig einfacher, effizienter, transparenter und schneller geplant und gebaut werden kann. Das Gesetz sieht für verschiedene Infrastrukturvorhaben wichtige Planungs- und Verfahrensbeschleunigungen vor. Das gilt für den Bereich Schieneninfrastruktur, aber auch für Raumordnungsverfahren im Allgemeinen. So werden für bestimmte Baumaßnahmen an der Schiene künftig keine Genehmigungen durch ein Planfeststellungsverfahren mehr notwendig sein. Dazu gehören: die Elektrifizierung von Bahnstrecken, die Ausstattung mit digitaler Signal- und Sicherungstechnik, der barrierefreie Umbau, die Erhöhung oder Verlängerung von Bahnsteigen sowie die Errichtung von Schallschutzwänden zur Lärmsanierung. Im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit soll die Eingangszuständigkeit für Streitigkeiten, die bestimmte Infrastrukturvorhaben zum Gegenstand haben, vom Verwaltungsgericht auf das Oberverwaltungsgericht bzw. den Verwaltungsgerichtshof verlagert werden, um so das Verfahren insgesamt zu beschleunigen. Erfasst sind hiervon insbesondere Planfeststellungsverfahren für Landesstraßen, Vorhaben nach dem Bundesberggesetz, Wasserkraftwerke und Häfen. Für überregional wichtige Infrastrukturprojekte — wie Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan oder dem Mobilfunkausbau — wird gesetzlich ein Sofortvollzug angeordnet: Nach Genehmigung durch die zuständige Behörde kann sofort gebaut werden.

Engagement in der Pflege beschäftigt Unterausschuss

Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement, in dem ich als Obfrau aktiv bin, beschäftigte sich in seiner Sitzung am 3. November 2020 mit dem Thema „Engagement in der Pflege“. Im Zuge eines öffentlichen Fachgesprächs mit externen Sachverständigen befassten wir uns mit der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und des persönlichen Einsatzes der Angehörigen für den pflegerischen Versorgungsmix und loteten aus, was an den Rahmenbedingungen geändert werden muss. Alle Sachverständigen waren sich einig, dass die Freiwilligenarbeit vor allem im Bereich der Alltagshilfe einen unentbehrlichen Beitrag zur Kranken- und Altenpflege leistet. Dr. Julia Simonson vom Deutschen Zentrum für Altersfragen schilderte, welches Freiwilligenpotenzial für das Engagementfeld Pflege in unserer Bevölkerung steckt. Wir als Politik müssen dafür sorgen, dass die Anerkennung und Wertschätzung in allen Bereichen der Pflege ankommen und dort auch wahrgenommen werden.

[Die Aufzeichnung der Sitzung finden Sie mit einem Klick auf der Internetseite des Bundestages.](#)



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Belarus — Politische Gefangene freilassen, freie und faire Neuwahlen ermöglichen, Zivilgesellschaft stärken und Verfassungsreform initiieren. Mit dem Antrag beschloss der Deutsche Bundestag, dass er das offizielle Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Belarus vom 9. August 2020 nicht anerkennt, da die Wahlen weder frei noch fair waren. Wahlfälschungen im großen Umfang lassen sich zweifelsfrei nachweisen. Eine neue Amtszeit von Aljaksandr Lukaschenka entbehrt daher jeder demokratischen Legitimation. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung mit unserem Antrag dazu auf, sich für ein sofortiges Ende der Gewalt und die Freilassung aller politischen Gefangenen einzusetzen. Zudem sind freie und faire Neuwahlen unter internationaler Wahlbeobachtung sowie ein Verfassungsreformprozess notwendig. Als Folge des gefälschten Wahlergebnisses muss auf europäischer Ebene die Sanktionierung von Lukaschenka und von Personen, die für politische Repressionen, Gewalt und Folter sowie die Fälschung der Wahlergebnisse verantwortlich sind, durchgesetzt werden. Belarussischen Staatsbürgern, die unter den Repressionen leiden, ist die Einreise zu erleichtern. Dafür ist es notwendig, dass das zwischen der Europäischen Union und Belarus vereinbarte Visumerleichterungsabkommen konsequent angewendet und vollumfänglich ausgeschöpft wird.

Für den Erhalt des Vertrags über den offenen Himmel eintreten. Der „Vertrag über den offenen Himmel“ ist ein Schlüsselvevertrag der internationalen Rüstungskontrolle. Er ermöglicht den 34 Vertragsstaaten in Europa und Nordamerika gemeinsame Beobachtungsflüge über das gesamte Gebiet aller Vertragsstaaten — von Vancouver bis Wladiwostok — und trägt so zur Vertrauensbildung bei. Durch die Beobachtungsflüge sollen militärische Aktivitäten ebenso wie Veränderungen militärischer Infrastruktur transparent gemacht werden. Die US-Administration hatte im Frühjahr 2020 entschieden, den Vertrag zu verlassen. Nach Ablauf der sechsmonatigen Kündigungsfrist würde dieser Austritt am 20. November 2020 rechtskräftig werden. Sollte dies geschehen, wäre das bestehende Rüstungskontrollregime weiter beeinträchtigt und hätte Auswirkungen auf die europäische Sicherheit. Es liegt im deutschen Interesse, alles im Bereich des Möglichen zu tun, um die US-Administration von einem Umdenken zu überzeugen. Wir fordern die Bundesregierung daher mit unserem Antrag dazu auf, die USA zu einer Revidierung ihrer Austrittsentscheidung und zu einem Festhalten am Vertrag über den Offenen Himmel zu bewegen.

Einen Überblick über die knapp 30 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus Berlin

Eindrücke aus Berlin



Digitale Sitzung der AG Kommunales.



Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner stand uns im Ausschuss Rede und Antwort.



Alljährlich veranstaltet der Deutsche Bundeswehrverband die Aktion „Gelbe Bänder der Verbundenheit“. Auch ich habe die Gelegenheit genutzt und einen persönlichen Weihnachtsgruß an die Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen verfasst.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-9: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde;

Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann;

S. 2: Screenshot Deutscher Bundestag.

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.